

Antrag

der Fraktion der CDU

Eine flächendeckende, leistungsfähige und nachhaltige Breitbandversorgung in Brandenburg sicherstellen

Der Landtag stellt fest:

Das notwendige Ziel, eine flächendeckende und leistungsfähige Breitbandversorgung zu gewährleisten, wurde trotz zahlreicher Versprechen durch die Landesregierung bisher nicht erreicht. Die von der Landesregierung bisher einseitig verfolgte und unkoordinierte Ausrichtung auf Funklösungen hat teilweise zu drastischen Fehlentwicklungen geführt. Der Landtag spricht sich daher für eine verbesserte Breitbandinitiative aus, um nicht nur eine kurzfristige, sondern eine nachhaltige und leistungsfähige Versorgung mit Breitbandanschlüssen zu ermöglichen. Ziel sollte es sein, das ambitionierte Ziel der Bundesregierung umzusetzen, bis 2014 zumindest 75% aller Haushalte in Brandenburg einen Breitbandanschluss mit mindestens 50 MBit/s zur Verfügung zu stellen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Das Projekt der Nutzung der Digitalen Dividende im VHF-Bereich (Brandenburger Sonderweg) ist sofort zu beenden. Für die dafür bereitgestellten Mittel ist dem Landtag unverzüglich ein detaillierter Verwendungsnachweis vorzulegen.
2. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer ist schnellstmöglich ein Breitbandkompetenzzentrum auf Landesebene zu gründen. Dieses soll den Kommunen als neutrale, technologieoffene Beratungsstelle über technische Versorgungsmöglichkeiten und vorhandene Anbieter und Infrastrukturen dienen. Ziel der Beratung muss es sein, nachhaltige und leistungsfähige Breitbandlösungen zu fördern. Dazu sind den Kommunen Hilfestellungen in Bezug auf die Ausarbeitung von handwerklich sauberen und technologisch vergleichbaren Ausschreibungen und mögliche lokale Synergieeffekte, wie beispielsweise die Nutzung bereits vorhandener Infrastrukturen, zu geben.
3. Die Richtlinie für die GRW-Förderung ist schnellstmöglich an die Änderung des Koordinierungsrahmens der GRW auf Bundesebene anzupassen, um die Förderung nachhaltiger Breitbandinfrastrukturen zu verbessern.
4. Im Ergebnis des durch das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Auftrag gegebenen Gutachtens ist eine Überarbeitung der bisherigen Breitband-

konzeption des Landes Brandenburg vorzunehmen, um eine nachhaltige und leistungsfähige Breitbandversorgung zu gewährleisten.

Begründung:

Die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem Breitbandinternet bildet die Grundlage einer adäquaten Teilhabe der Bürger und Unternehmen bei der Entwicklung hin zur digitalen Gesellschaft. Mit Blick auf die demografische Entwicklung in den ländlichen Regionen Brandenburgs gehört Breitband zu den Grundvoraussetzungen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sichern.

Die Landesregierung konnte mit ihrem bisherigen Konzept die selbstgesetzten Zielstellungen nicht erreichen. Die Nutzung der Digitalen Dividende im VHF-Bereich (Brandenburger Sonderweg) ist bis heute nicht flächendeckend verfügbar und wird es angesichts der festgelegten Frequenznutzung auf Bundesebene auch in Zukunft nicht sein. Auch die technische Durchführbarkeit dieses Projektes wird von zahlreichen Experten in Frage gestellt. Daher ist dieses Programm unverzüglich einzustellen und dem Landtag ein detaillierter Nachweis über die dafür eingesetzten Mittel zu geben. Den bisherigen Antworten der Landesregierung auf die Anfragen der CDU-Fraktion zufolge, handelt es sich dabei um mindestens 1,4 Millionen Euro.

Gleichzeitig ist mit der Gründung eines Breitbandkompetenzzentrums eine Lücke bei der Beratung der Kommunen zu schließen. Die bisherige Struktur der Breitbandverantwortlichen der Landkreise und kreisfreien Städte ist vielerorts nicht ausreichend, so dass die Kommunen keinen einheitlichen und neutralen Ansprechpartner auf Landesebene haben. Die Folge sind fehlende Informationen bei der Beantragung von Fördermitteln und fachlich mangelhafte Ausschreibungen, die oftmals einen technologieneutralen Vergleich nicht zulassen. Darüber hinaus muss ein besserer Informationsfluss zwischen dem Land und den Kommunen in Bezug auf die mögliche Nutzung von vorhandenen Infrastrukturen gewährleistet werden.

Die GRW-Förderung wurde bisher in Brandenburg kaum umgesetzt. Mit der Änderung des Koordinierungsrahmens auf Bundesebene Ende 2010 sind hier verbesserte Möglichkeiten geschaffen worden, nachhaltige Breitbandinfrastrukturen zu fördern. Die Richtlinie sollte diesbezüglich schnellstmöglich angepasst werden.

Insgesamt ist zu beachten, dass der Breitbandbedarf in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird. Heute mit 2 MBit/s versorgte Regionen sind die weißen Flecken von morgen. Die Landesregierung muss ihre Breitbandstrategie im Rahmen des Ergebnisses des durch das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Auftrag gegebenen Gutachtens dahingehend anpassen, dass eine leistungsfähige und nachhaltige Breitbandförderung und Breitbandfinanzierung gewährleistet ist.

Dr. Saskia Ludwig
für die CDU-Fraktion